

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 208

Dresden, Montag, 7. September

1925

Keine Häufung von Typhus in Sachsen.

Im Anschluß an die Typhusepidemie in Kaschau und Gnanau sind in einer Reihe von sächsischen Zeitungen Mitteilungen erschienen, die sich mit dem Auftreten von Typhuskrankungen in Sachsen beschäftigen und die auf den Fall leicht den Eindruck machen können, als wenn auch im Freistaat Sachsen der Typhus zurzeit gehäuft auftritt. Nach den regelmäßigen wöchentlichen Meldungen, die seitens sämtlicher sächsischer Bezirksärzte dem Landesgesundheitsamt zugehen, hat sich die Erkrankungsziffer an Typhus im Freistaat Sachsen während des ersten Halbjahres 1925 ganz erheblich unter dem Durchschnitt der letzten drei Jahre bewegt; nur im Juli ist eine mäßige Steigerung gegenüber früheren Jahren eingetreten, die aber im August den normalen Durchschnitt wieder erreicht hat. Ebenso enthalten die letzten bezirksärztlichen Meldungen über Erkrankungen im September keine zu Besorgnis Anlaß gebende Ziffern. Welche Bedeutung seitens der beamteten Ärzte dem Typhus beigelegt wird, ist daraus zu ersehen, daß über jeden einzelnen Fall von Typhuskrankung ein eingehender aus persönlicher Erörterung und Untersuchung beruhender Bericht an die Kreisgesundheitsämter, Ministerium des Innern und Landesgesundheitsamt vom Bezirksarzt erstattet werden muß. In den vorzüglich eingerichteten Untersuchungsstellen steht außerdem ein hervorragendes Mittel zur raschen Erkennung der Krankheit zur Verfügung. Trotz dieser Einrichtungen sowie der rechtzeitigen Absonderung der Erkrankten möglichst im Krankenhaus und der Desinfektionsmaßnahmen ist es bisher stets gelungen, die jedes Jahr vereinigt oder in kleineren Gruppen wie jetzt in Gansitz bei Wurzen vorkommenden Typhusfälle auf ihren Ausgangeherd zu beschränken.

Nein deutsch-englisches Kohlen- abkommen.

Wien, 7. September.
Zwischen dem englischen Kohlenbergbau und dem Ruhrkohlenbergbau waren unverbundene Besprechungen eingeleitet worden mit dem Zweck, zu versuchen, durch ordentliche Verhandlungen zu einer Abmachung über die beiderseitige Kohlenausfuhr zu kommen. Wie die „Wm. Ztg.“ mitteilt, kann von weiteren Verhandlungen keine Rede mehr sein, sondern der Versuch darf als gescheitert gelten. Dazu tragen sicher nicht so sehr die materiellen Schwierigkeiten bei, wie bei einem solchen Abkommen bei dem Festhalten eines englischen Kohlenpreises als Vertragspartei zu überwinden gewesen wären, als vielmehr die tenberührende Behandlung, die die für den englischen wie den deutschen Bergbau gleichwichtige Angelegenheit in einem Teile der in- und ausländischen Presse erfährt.

Deutsch-türkische Handelsvertrags- verhandlungen.

Berlin, 6. September.
Wie wir erfahren, werden Mitte September Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei beginnen. Wie es heißt, soll es sich hierbei um den Abschluß eines Wechselbegünstigungsabkommens handeln.

Die Anschlussfrage.

Berlin, 6. September.
Die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland ist gegenwärtig wieder Gegenstand lebhafter Erörterungen der beteiligten Teile. Der gegenwärtige Stand der Anschlussfrage muß jedoch als wenig günstig bezeichnet werden, zumal bei den letzten großen Kundgebungen in Wien es lediglich zu spontanen Anschlußkundgebungen der Bevölkerung gekommen ist, während die österreichische Regierung selbst in der Anschlussfrage noch in keiner Weise aktiv hervorgetreten ist. Mit Rücksicht auf die wirt-

Neues zur bevorstehenden Sicherheitskonferenz.

Gesicherte Teilnahme Deutschlands Zusammentritt im Oktober.

Paris, 6. September.
Der Pariser Vertreter in Genf berichtet in einer Depesche, daß drei Tatsachen seit vorgestern abend feststehen.
Abgesehen von immer möglichen Überraschungen werde in naher Zukunft eine Sonderkonferenz über den Sicherheitspaktentwurf zusammenberufen, zu der Deutschlands Beteiligung schon gesichert ist, da der Reichsaußenminister Stresemann in seiner Empfangsrede auf die letzte französische Mitteilung den Gedanken direkter Verhandlungen angenommen habe.

Weiter hebe sich, daß diese Konferenz nicht während der Völkerverversammlung stattfinden werde, da der Völkerbund mit den auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen beschäftigt sei und bis Ende des Monats Ratsitzungen abhalte.
Endlich scheint auch festzustehen, daß Italien an der geplanten Konferenz teilnehmen möchte.

Was alle übrigen Fragen angeht, so müsse man sich mit Vermutungen begnügen, also bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz und des Ortes der Konferenz. Die Konferenz der Minister zur Beratung der Sicherheitsfrage werde wahrscheinlich nicht mehr im September zusammenberufen können, denn die Arbeiten des Völkerbundes würden sich bis zum 27. oder 29. September hinauszuziehen. Außerdem würden ab dann die Außenminister wahrscheinlich mit ihren Ministerien Rücksprache nehmen wollen, bevor sie sich zu der Zusammenkunft mit den Vertretern Deutschlands begäben. Sie würde also erst am 10. oder 15. Oktober stattfinden können. Auch über den Verhandlungsort sei man noch vollständig auf Vermutungen angewiesen. Da Italien den Wunsch habe, die Zusammenkunft auf italienischem Boden stattfinden zu lassen, werde wahrscheinlich ein in der Nähe der Schweizer Grenze gelegener italienischer Ort bestimmt werden. Jede genauere Auskunft würde verfrüht.

In Zusammenhang mit der obigen Meldung des Habsburgervertreters wird darauf verwiesen, daß die deutsche Regierung in ihrer Antwortnote sich im Prinzip mit der Weichode mündlicher Verhandlungen einverstanden erklärt hat, da eine Fortsetzung des Notenwechsels kaum gerechnet sei, zu einer weiteren Klärung der mit dem Abschluß des Sicherheitspaktentwurfes zusammenhängenden Fragen zu führen. Eine Einladung zu einer Sonderkonferenz über einen Sicherheitspaktentwurf liegt in Berlin noch nicht vor. Zudem werden sich vor weiteren Entscheidungen die zuständigen deutschen Stellen mit dem Berichte des Ministerialdirektors Gaus über die Londoner Juristenkonferenz zu beschäftigen haben.

schaltpolitische Lage Österreichs dürfte auch die österreichische Regierung, wie wir zuverlässig hören, ihre Abmachungen mit dem Völkerbunde neuerdings verlängern, so daß dadurch auch der Gedanke des Zusammenchlusses Deutschlands mit Österreich von neuem in die Ferne gerückt werden würde.

Die angeblichen polnischen Grenz- verletzungen.

Berlin, 6. September.
Zu der Meldung, daß an mehreren Stellen größere polnische Truppenabteilungen die deutsche Grenze überschritten und dadurch die deutschen Hoheitsrechte verletzt haben sollten, erfahren wir von ausländischer amtlicher Stelle, daß es sich hierbei um eine Reihe Überreizungen handeln dürfte. Die deutsche Grenzpolizei hat die gemeldeten Vorgänge nicht bemerkt; lediglich ein Bauerntochter will die Verletzung der deutschen Grenze durch polnische Wälder beobachtet haben. Nach

Nach der Londoner Juristen- konferenz.

Paris, 6. September.
Gaus verbreitet folgende Mitteilung: Der Bericht der juristischen Sachverständigen über die Londoner Besprechungen in der Frage des Sicherheitspaktentwurfes wird von den Augenministern der alliierten Staaten nicht vor Montag oder Dienstag erwartet. In der Nacht, daß die Rechtsfachverständigen den Augenministern mündlich Bericht erstatten würden, wird in Genf darauf hingewiesen, daß der englische Vertreter bei den Londoner Juristenbesprechungen, Sir Cecil Hurst, Mitglied der englischen Delegation bei der Völkerverversammlung ist, und sein baldiges Eintreffen daher mit Recht erwartet wird. Da der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sich beide in Genf befinden, ist es möglich, daß auch der französische Sachverständige Fromageot nach Genf kommt und sich mit ihnen über die Londoner Ergebnisse ausspricht. Andererseits hatten die Außenminister Chamberlain, Briand und Vandervelde, denen sich bei diesem Anlaß auch der italienische Vertreter im Völkerbunde Scialoja angeschlossen hatte, am Freitagabend eine Aussprache über das nunmehr nach Abschluß der Londoner Juristenkonferenz einzufolgende Verfahren. Man hielt es für zweckmäßig, zur Prüfung des Londoner Entwurfes eine besondere Konferenz stattfinden zu lassen, zu der auch der deutsche Außenminister eingeladen werden soll. Die vier alliierten Vertreter waren übereinstimmend der Auffassung, daß diese Konferenz nach den Londoner Vorbereitungen zu den nächsten praktischen Aufgaben gehet. Immerhin war man der Ansicht, daß ein genauer Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden könne und daß die Stadt Genf als Ort der Zusammenkunft nicht in Betracht komme.

Die Abreise der juristischen Sach- verständigen aus London.

London, 7. September.
Die juristischen Sachverständigen haben London verlassen. Wie gemeldet wird, sind Sir Cecil Hurst, Fromageot und Dollin nach Genf zur Völkerverversammlung abgereist. Der deutsche Vertreter Dr. Gaus ist nach Berlin und der italienische Vertreter Filotti nach Rom gefahren.

Präsident Coolidge wünscht erst eine neue Abrüstungskonferenz.

Paris, 6. September.
Der „Temps“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, demzufolge Präsident Coolidge die Ansicht vertritt, man werde bezüglich des Sicherheitspaktentwurfes erst zu einer Verhandlung kommen, wenn eine neue Abrüstungskonferenz Rattegefallen habe.

Die Auswirkungen der Amnestien.

Berlin, 6. September.
Das Reichsjuristenministerium sowie das preussische Juristenministerium sind gegenwärtig damit beschäftigt, eine genaue Aufstellung über die Auswirkungen der Amnestien herzustellen. Es läßt sich noch nicht sagen, wieviel Personen im ganzen amnestiert worden sind, da sich die Akten über das ganze Deutsche Reich verteilen und die Meldungen der Gefängnisse sowie der verschiedenen Staatsanwaltschaften nur sehr schüppend eingeht. Während über die Auswirkungen der preussischen Amnestie noch gar keine Anhaltspunkte zu erlangen waren, dürfte bezüglich der Reichsamnestie immerhin gesagt werden, daß

mehrere hundert Personen bereits aus dem Gefängnissen entlassen worden sind.

Der badische Zentrumsparteitag.

Offenburg, 6. September.
Der Parteitag der badischen Zentrumspartei nahm heute vormittag seinen Anfang. Die beiden ehemaligen Reichsminister Marx und Dr. Witt wurden beim Erscheinen mit großem Jubel begrüßt. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Rechtsanwalt Kopp-Freiburg gewählt. Außerhalb der Tagesordnung gab Reichsminister a. D. Dr. Witt eine Erklärung über seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion ab. Er habe niemals den Gedanken gehabt, eine neue Partei zu gründen. Der Sinn seines Schrittes sei gewesen, den christlichen Geist im Zentrum wieder zu wecken. Ein deutlicher politischer Charakter der Partei sei notwendig. Ihm liege die Sorge um die politische Rettung höher als die um die eigene Partei. Wenn er wieder gesund geworden sei, werde er handeln. Nach Referaten des Reichstagsabgeordneten Brünning und des Landtagsabgeordneten Föhr-Freiburg über Steuerfragen äußerte sich Reichsminister a. D. Marx zunächst über die Außenpolitik und erklärte dann, durch die Wahl Hindenburgs habe die Verfassung einen neuen Halt bekommen. Das Zentrum müsse mit rechts und links politisch treiben. Einen Mann wie Dr. Witt möge man im Zentrum behalten. Man müsse sich wieder zusammensuchen. Prälat Dr. Schofer erklärte, auf die badischen Landtagswahlen habe der Schritt Dr. Witts keinen Einfluß. Zum Schluß des Parteitages wurden die gesamten Resolutionen einstimmig angenommen. Den Fall Witt betreffend wünschte der Parteitag, daß Witt der Zentrumsfraktion wieder beitrete. Nach weiteren Ansprachen wurde der Parteitag geschlossen.

Preisprüfungsstelle und Fleischer.

Berlin, 6. September.
Gegenüber der Mitteilung, daß mit einer Abänderung der Entscheidung der Preisprüfungsstelle über den 15prozentigen Zuschlag der Labelfleischer zu rechnen sei, können wir feststellen, daß dies nicht zutreffend ist. Es ist lediglich richtig, daß die Fleischerorganisation beabsichtigt, durch Vorlegen neuer Kalkulationen die angebliche Unhaltbarkeit dieser 15 Prozent nachzuweisen. Unzweifelhaft ist aber, daß die Nachprüfung dieser Kalkulationen einen Erfolg in der Erziehung einer Erhöhung über 15 Prozent Zuschlag jedenfalls nicht haben wird. Abgesehen sei darauf hingewiesen, daß in der Vorkriegszeit die Spanne nur 9 Prozent betragen habe. Die Zubilligung einer mehr als 16prozentigen Erhöhung der Bruttoerlöse übersteigt daher noch um ein Erhebliches den Grad der allgemeinen Teuerung.

Eröffnung der 4. Völkerver- sammlung.

Genf, 7. September.
Die vierte Völkerverversammlung wurde heute vormittag 11 Uhr von dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des Völkerbundes mit einer feierlichen Begrüßungsansprache eröffnet. Der Reformationsjahr, in dem die Völkerverversammlung zusammentritt, war auf allen Leibern überfällt. Die außerordentlich zahlreiche Zuhörerschaft folgte den Ausführungen Painlevés mit großer Spannung und Interesse seinen langen Darlegungen wieder lebhaften Beifall, der zum Schluß in eine gewaltige Ovation für Frankreich ausklang. Die Eröffnungsansprache gab dem französischen Ministerpräsidenten Anlaß, den Delegationen der Völkerverversammlung seine Grüße zu entbieten und vor allem dafür zu danken, daß Frankreich mit der heutigen Eröffnung der Völkerverversammlung bekennt worden sei. Er wandte sich gegen den Pessimismus in der Welt, dessen blindes Ver-